

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 09 88 846 pobn d

## Inhalt

Dr. Dieter Spöri MdB,  
Vorsitzender der Projekt-  
gruppe Steuern beim SPD-  
Vorstand, zum Koalitions-  
streit um die Steuer-  
Entlastung: Stoltenberg  
kommt ins Trudeln.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB, Vor-  
sitzender der Arbeitsge-  
meinschaft für Arbeit-  
nehmerfragen in der SPD  
(AFA), zur Strategie  
des BDA im Arbeitskampf:  
Essers Amoklauf.

Seite 3

Dr. Alfred Emmerlich MdB,  
Stellvertretender Vorsit-  
zender der SPD-Bundestags-  
fraktion, zum Umgang des  
Deutschen Richterbundes  
mit seiner Vergangenheit:  
Nichts beschönigt.

Seite 5

Ludwig Fellermaier MdEP,  
Vorsitzender des suspen-  
dierten Gemischten Parla-  
mentarischen Ausschusses  
EWG/Türkei, zu einer Ent-  
schließung europäischer  
Sozialisten über die Lage  
in der Türkei: Das Parla-  
ment in Ankara muß han-  
deln.

Seite 6

39. Jahrgang / 69

6. April 1984

### Stoltenberg kommt ins Trudeln

Ein scharfer Interview-Krieg um die Steuerentlastung -  
und der Finanzminister zeigt Wirkung

Von Dr. Dieter Spöri MdB

Vorsitzender der Projektgruppe Steuern beim SPD-Vorstand

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ist im Streit um die Steuerentlastung schwer angeschlagen worden. Heute trifft sich das CDU-Präsidium, um über das Thema Steuerentlastung zu diskutieren. Nach einem scharfen Interview-Krieg gegen Stoltenberg werden Albrecht, Späth & Co. ohne Rücksicht zu nehmen, über Stoltenbergs Pläne herfallen. Daß Stoltenberg ins Trudeln gekommen ist, zeigte sich freilich schon, als er seinen Bericht dem Finanzausschuß des Bundestages vortrug. Das Fazit der Stoltenbergschen Ausführungen:

Sein Vortrag war enttäuschend. Er konnte dem Ausschuß nicht sagen, ob die Steuerentlastung mit einem Mal oder in Raten stattfinden soll. Demgemäß blieben auch die Inkrafttretens-Termine offen. Die haushaltswirtschaftlichen Konsequenzen der Steuerentlastung blieben unklar. Stoltenberg stellte in Aussicht, daß bei einer Tarifent-

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Vertriebspartner  
des Sozialdemokratischen  
Pressedienstes



lastung vor 1988 der Umfang der Entlastung schrumpfen muß. Insbesondere die Frage einer Verbrauchsteuererhöhung ist noch nicht ausgestanden. Die Regierung schwimmt besonders in der Frage der Art und des Umfangs der Familienförderung. Auch die Forderung von Späth nach einer Erhöhung des Kindergelds fand bei Stoltenberg keinerlei Unterstützung. Der vom Bundesfinanzminister bevorzugte neue Einkommensteuertarif käme in erster Linie einer Bevölkerungsschicht mit überdurchschnittlichem Einkommen zugute und ist deshalb abzulehnen.

Die jüngste Diskussion der konservativen Steuerpläne in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat offensichtlich nicht dazu beigetragen, die unbestimmten Vorstellungen des Bundesfinanzministers abzuklären. Im Gegenteil: Sie scheint der Auftakt zu einem endlosen Hin- und Hergerede zu sein, das nicht der Klärung von Sachfragen, sondern der politischen Vernebelung und konjunkturpolitischen Verunsicherung der Wirtschaft dient.

In dieser heillos verfahrenen Situation müßte der Bundeskanzler von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen. Aber er schweigt sich aus und nimmt gelassen in Kauf, daß sein Bundesfinanzminister in den Medien demontiert wird. Hängt dieses Verhalten mit den Umfrageergebnissen über den Beliebtheitsgrad der beiden Politiker zusammen? Der Verdacht drängt sich auf.

(-/6.4.1984/ks/rs)

+ + +



Essers branchenübergreifender Arbeitskampf

Die BDA spielt mit dem Gegenstück zum Generalstreik

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Otto Esser, hat in Hannover angekündigt, die Arbeitgeber würden sich einem Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche stellen - eine durchaus konventionelle Aussage der BDA. Der anschließende Satz ließ jedoch aufhorchen: "Wir werden diesen Arbeitskampf dann mit großer Geschlossenheit und Solidarität innerhalb der unmittelbar beteiligten Branchen wie auch branchenübergreifend führen", sagte Esser laut "Reuters" wörtlich. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff saß dabei und äußerte sich mit keinem Wort zu der Ankündigung Essers, die eine politische Bombe mit Zeitzündereffekt darstellt.

Man muß sich die Relationen hierbei klar machen: Spricht ein Gewerkschafter den Begriff "Generalstreik" aus, heulen in der ganzen Republik die Alarmsirenen auf, dann steht die Demokratie auf dem Spiel und man tut so, als ob ein Finsterling namens DGB handgreiflich geworden wäre. Kündigt freilich der Arbeitgeberpräsident "branchenübergreifende" Arbeitskämpfe an, dann sitzt der Wirtschaftsminister kopfnickend daneben und akzeptiert diese Drohung - das Gegenstück zum Generalstreik - ohne Murren und Widerrede. BDA-Präsident Esser hat in der laufenden Tarifrunde die Lunte angezündet - und nun steht er ausweislich seiner Ankündigung - mit dieser brennenden Lunte am Pulverfaß.

Wer sich die Haltung der BDA während dieser Tarifrunde rückblickend vergegenwärtigt, der findet, daß Esser Züge eines Amokläufers gewinnt. Aus der Philosophie des "Tabu-Kataloges" heraus steuert die BDA mit Esser an der Spitze einen Kurs, der jeden Kompromiß ausschließt. Und um zu beweisen, daß der Kompromiß ein Begriff ist, der keine Verwendung finden darf, wird die flächen- und branchenübergreifende Aussperrung ins Spiel gebracht, fürwahr eine systemsprengende "Waffe" der Arbeitgeber in sozialen Auseinandersetzungen.

Esser widerlegt auf diese Weise, daß seine Arbeitgeber an einem wirklichen Aufschwung für die arbeitenden Menschen nicht interessiert sind, denn Aussperrungs-



aktionen der erwähnten Art würden die Konjunktur wie ein Unwetter treffen. Wann, so ist zu fragen, rührt sich denn im Arbeitgeberlager endlich Widerstand gegen Esser und seine Scharfmacher? Es ist doch nicht zu glauben, daß die vielen vernünftigen Arbeitgeber um des innerbandlichen Friedens willen alle vor Esser kuschen wollen.

Esser beweist auch, daß ihn die schon gefundenen Kompromißformeln für die laufende Tarifrunde - sprich Baugewerbe - nicht im geringsten interessieren, obwohl die Gewerkschaften insgesamt gesehen damit dokumentierten, daß branchenspezifische Verhältnisse berücksichtigt werden, und daß sie kompromißbereit sind - selbst auf die Gefahr scharfer Innergewerkschaftlicher Kritik an einzelnen Abschlüssen hin.

Essers Ankündigung ist wohl einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. Man bekommt, Essers Amoklauf vor Augen, regelrecht Sehnsucht nach einem Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer, der nie zugelassen hätte, daß seine Organisation die Fundamente der Konsensfähigkeit beschädigt.

Esser weckt ferner in den Arbeitnehmern mit seinen Äußerungen den Kampfeswillen, eine harte und auch bittere Auseinandersetzung durchstehen zu wollen. Wer wie Esser die Gewerkschaften an die Wand drücken möchte, der darf sich nicht wundern, daß die Arbeitnehmer und deren Gewerkschaften zurückfighten. Essers Ankündigung wird dazu führen, daß Einzelgewerkschaften strittige Fragen über die Tariftaktik zurückstellen und sich enger zusammenschließen - desorientierend wird der Scharfmacher an der Spitze der BDA sicher nicht wirken.

Schließlich ist die Bundesregierung gefordert, zu Esser und dessen Spiel mit dem Feuer Stellung zu nehmen. Wer gewerkschaftliche Forderungen nach Einführung der 35-Stunden-Woche mit negativen Wertungen belegt, der darf zu Esser nicht schweigen - es sei denn der Bundeskanzler wolle dartun, daß seine Chef-Kompetenz am Oberländer Ufer in Köln, in der BDA-Zentrale, formuliert und in Handlungsanweisungen umgesetzt wird.

(-/6.4.1984/ks/va)

+ + +



Nichts beschönigt  
-----

Zum Umgang des Deutschen Richterbundes mit seiner Vergangenheit

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Im Deutschen Richterbund ist heute der größte Teil der Richter und Staatsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland organisiert. Vor 75 Jahren wurde er gegründet. 1933 wurde er von den Nationalsozialisten aufgelöst, nach dem Zweiten Weltkrieg wieder gegründet.

Am 5. April 1984 fand aus Anlaß des 75. Bestehens des Deutschen Richterbundes eine Festveranstaltung statt. Sie unterschied sich in bemerkenswerter Weise von anderen "Jubiläumsveranstaltungen", bei denen die eigenen Leistungen groß, Negatives dagegen klein geschrieben oder erst gar nicht erwähnt wird. Nicht so auf der Veranstaltung des Deutschen Richterbundes. Obwohl es ein Leichtes gewesen wäre, die Schatten der eigenen Vergangenheit zu verdrängen und im Rückblick die unbestreitbaren Verdienste der Richter und des Richterbundes beim Aufbau unserer Demokratie in den Vordergrund zu stellen, beschäftigte sich der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Uwe Leonardy, in seiner Ansprache fast ausschließlich mit dem Verhalten des Richterbundes gegenüber dem heraufziehenden Nationalsozialismus und dem Verhalten der Richter in der Zeit von 1933 bis 1945.

Dabei wurde nichts beschönigt; Leonardy setzte sich kritisch mit der Distanz des Richterbundes und seiner Mitglieder gegenüber der Weimarer Republik, mit dem mangelnden Widerstand gegen den Nazismus und mit dem Versagen vieler Richter in der Zeit von 1933 bis 1945 auseinander. Leonardy stellte sich unangenehmen Fragen und scheute sich nicht, Versagen als Versagen zu bezeichnen.

Diese Rede fügt sich nahtlos in die in den letzten Jahren im Deutschen Richterbund in Gang gekommene Diskussion über das Verhalten der Richter gegenüber dem Nazismus ein. Sicherlich hätte man sich gewünscht, daß diese kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit schon eher begonnen hätte. Aber vielleicht bedurfte es, wie bei anderen zunächst der historischen Distanz, um dies unbefangen leisten zu können. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kommt aber keinesfalls zu spät. Sie ist auch heute noch notwendig, um aus Fehlern lernen zu können und damit die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß sie möglichst nicht wiederholt werden.

Die kritische Diskussion im Deutschen Richterbund, die in den letzten Jahren eingesetzt hat, ist ein weiterer ermutigender Beweis dafür, daß wir es heute im Gegensatz zur Weimarer Zeit mit einem Deutschen Richterbund und mit Richtern zu tun haben, die zu unserem demokratischen Staat stehen. (-/6.4.1984/ks/rs)

+ + +



**Das Parlament in Ankara muß handeln**

**Sozialistische Türkei-Konferenz drängt auf Normalisierung**

Von Ludwig Fellermaier MdEP

Vorsitzender des suspendierten Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EWG/Türkei

Eine Türkei-Konferenz der Sozialistischen Fraktion des EP an der neben Abgeordneten des EP, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Dr. Karl Ahrens, weitere sozialistische Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Versammlung der Westeuropäischen Union, der Nordatlantischen Versammlung und Abgeordnete der sozialistischen und sozialdemokratischen Fraktionen der zehn nationalen Parlamente der EG-Mitgliedsländer teilgenommen haben, hat zur Situation in der Türkei am Donnerstag folgende Feststellungen getroffen:

1. Ohne die sofortige Aufhebung des Kriegsrechtes ist die Glaubwürdigkeit der weiteren demokratischen Entwicklung in der Türkei infrage gestellt. Deshalb appellieren die Parlamentarier aus den zehn Ländern der EG und den genannten internationalen Organisationen an das türkische Parlament, das Kriegsrecht vollständig aufzuheben.
2. Es liegen Informationen vor, die die Verschlimmerung der Zustände in türkischen Militärgefängnissen, die zu mehrfachen Hungerstreiks geführt haben, bestätigen. Wir fordern die türkischen Behörden auf, dafür zu sorgen, daß Folterungen von Männern, Frauen und Kindern beendet werden, die auch nach der türkischen Verfassung als Verbrecher gebrandmarkt werden.
3. Es dürfen keine Strafverfahren mehr vor Militärgerichten gegen Zivilisten stattfinden! Wir fordern die türkischen Behörden auf, sicherzustellen, daß Gerichtsverfahren gegen Bürger nur noch vor Zivilgerichten verhandelt werden. Im übrigen verstößt die weitere Verschleppung der Prozesse, wie das Disk-Verfahren in Istanbul, gegen die Grundsätze der Konvention für Menschenrechte.
4. Die Konferenz appelliert an das türkische Parlament, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Amnestie politischer Häftlinge zu schaffen.
5. Die Wahl des gegenwärtigen türkischen Parlaments entsprach nicht den Bestimmungen der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarates. Dieser Geburtsfehler des Parlaments kann erst durch Neuwahlen geheilt werden. Diese Feststellung wird durch das Ergebnis der Kommunalwahlen vom 25. März 1984 bestätigt.
6. Parlamentarische Demokratie setzt uneingeschränkte Betätigung politischer Parteien, Gewerkschaften und Pressefreiheit voraus. Dies ist gegenwärtig in der Türkei nicht gegeben. Aus diesem Grunde fordert die Konferenz vom türkischen Parlament, die bestehenden gravierenden Beschränkungen aufzuheben.
7. Wir erwarten, daß Delegationen des Europäischen Parlaments, des Europarates und der nationalen Parlamente alle Informationsmöglichkeiten eröffnet werden, um die Einhaltung der Menschenrechte an Ort und Stelle und den weiteren Prozeß der Demokratisierung in der Türkei beurteilen zu können.

Mit Blick auf die traditionell guten Beziehungen zwischen der Türkei und Westeuropa erwarten die Teilnehmer der Türkei-Konferenz, daß alle Hindernisse für die Normalisierung des Verhältnisses der Türkei zu ihren europäischen Bündnispartnern ausgeräumt werden. Es liegt am türkischen Parlament, jetzt die notwendigen Schritte dazu einzuleiten.

(-/6.4.1984/ks/rs)

+ + +

